

Empörung in Sekundenschnelle

Von Henrik Paulitz

Das moderne Empörungs-Management der veröffentlichten Meinung basiert auf "Botschaften", die in Sekundenschnelle vermeintlich "eigene Meinungen" induzieren und mit geballter öffentlicher Macht Entscheidungsträger vor sich hertreiben.

Junge Menschen, die Bevölkerung insgesamt, Initiativen, Unternehmen, Verbände, Parteien, Parlamente, die Justiz, Bürokratien und "regierende Politiker" werden durch die alltäglichen, vielfach gleichgeschalteten "Info-Häppchen" zu "Getriebenen".

Wie verändert sich "unsere Demokratie", wenn mit "Faktenchecks" relativ konsistent Meinung gemacht wird, während in politischen Talkshows stets hektisch unterbrochen wird, wenn gewählte Politiker und sonstige Gäste einmal einen von der Redaktionsmeinung möglicherweise "leicht abweichenden" Gedankengang ruhig darlegen, begründen und zu Ende führen wollen?

Allein schon das „Themensetting“ ist dazu geeignet, Denken und Handeln von Bevölkerung und Politik weitreichend zu kontrollieren und zu manipulieren.

Warum aber soll die Öffentlichkeit nicht mehr mit schwierigen Zielkonflikten, mit [notwendigen Abwägungsprozessen](#) und mit abweichenden Meinungen konfrontiert werden?

Warum sollen zunehmend nur noch einfache emotionale Botschaften und simplifizierte, gleichgeschaltete Ideologien Raum in der öffentlichen Wahrnehmung bekommen? Warum werden uns tagtäglich die immergleichen Botschaften "eingepregelt".

Tut uns das wirklich gut?

Warum verliert diese Gesellschaft immer mehr die Fähigkeit, gut begründet und sehr nüchtern miteinander "entlang der Realität" zu diskutieren?

Warum tendiert sie immer mehr dazu, sich gegenseitig moralisierend zu verurteilen, sich z.T. sogar "politisch vernichten" zu wollen?

Das, was außenpolitisch auf uns zukommt, erfordert vermutlich ganz Anderes, ein ganz neues Miteinander: die Befähigung einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft, gemeinsam, vielschichtig und hintergründig miteinander reflektieren und sich intelligent aufeinander beziehen zu wollen und zu können.

Es dürfte in den kommenden Jahren entscheidend darauf ankommen, Demokratie, Wohlstand, Frieden und Freiheit nicht symbolhaft, sondern in der täglichen Wirklichkeit gemeinsam zu verteidigen.